

HILDEGARD HAMM-BRÜCHER: DIE STREITBARE DEMOKRATIN UND FRAUENRECHTLERIN

IHR LEBENSLANGER EINSATZ FÜR FREIHEIT, DEMOKRATIE UND GLEICHBERECHTIGUNG

von Daniela Neri-Ultsch

Hildegard Hamm-Brücher
 im Jahr 2001
 Foto: Picture
 Alliance/
 Sueddeutsche
 Zeitung Photo/
 Fotograf:
 Heddergott,
 Andreas



Hildegard Hamm-Brücher gehörte nach dem Zweiten Weltkrieg zu den wenigen Frauen, die noch in der Weimarer Republik geboren wurden und sich politisch engagierten. Sie erlebte 1933 den Untergang der Demokratie und den Beginn der nationalsozialistischen Diktatur nicht nur mit, sondern war

auch unmittelbar persönlich von der Ausgrenzung und Diskriminierung der neuen Machthaber betroffen, da ihre Großmutter mütterlicherseits Jüdin war. Auf Grund dieser Erfahrung war sie zu der tiefen inneren Überzeugung gekommen, sich zeitlebens für die Demokratie und eine gleichberechtigte Gesellschaft sowie die Rechte der Frauen einzusetzen. Hamm-Brücher trat 1948 in die FDP ein und wurde Stadträtin in München; 1950 kandidierte sie erfolgreich für den Bayerischen Landtag, dem sie mit einer Unterbrechung bis 1976 und damit sechs Wahlperioden angehörte. Bereits in ihrer zweiten Wahlperiode 1954 gelang es ihr, im männlich dominierten Landtag als erste Frau stellvertretende Fraktionsvorsitzende zu werden. Als redegewandte Politikerin und ausgewiesene Schul-, Bildungs- und Kulturpolitikerin konnte sie sich rasch einen Namen über die Grenzen Bayerns hinaus in der gesamten Bundesrepublik machen. So führte sie ihr politischer Weg über das Amt der Staatssekretärin im hessischen Kultusministerium schließlich in den Deutschen Bundestag nach Bonn bis hin zur Berufung als erste Staatsministerin im Auswärtigen Amt; diese Aufgabe übte sie von 1976 bis 1982 aus. Hamm-Brücher war nicht nur eine engagierte Politikerin, sondern durch ihre Überzeugungskraft, Integrität und ihren Einsatz für Demokratie und Frauenrechte für viele

Frauen auch ein Vorbild. Ihr Lebenswerk steht für den Mut, gegen Widerstände anzukämpfen, und für die Überzeugung, dass Gleichberechtigung in einer demokratischen Gesellschaft verwirklicht werden muss. Damit hat sie maßgeblich dazu beigetragen, die Rolle der Frauen in der deutschen Politik zu stärken und den Weg für nachfolgende Generationen zu ebnen. Sie selbst bezeichnete sich als eine streitbare Demokratin, setzte sich vehement für einen unabhängigen Standpunkt ein und fühlte sich nur ihrem Gewissen verpflichtet: „Wenn ich (...) an die Erfahrungen meines fast 50-jährigen politischen Lebens denke, dann erlebte ich die eigentlichen Obstakel, an denen ich in Konflikt geriet, oder daran gescheitert bin, immer dann, wenn es für mich um essenzielle Fragen des Wissens und Gewissens ging, um Entscheidungen, bei denen ich mich der Männermehrheit nicht anpassen konnte oder wollte.“¹

Herkunft, Kindheit und frühere Prägungslinien

Hildegard Hamm-Brücher kam als Hildegard Brücher am 11. Mai 1921 in Essen als drittes von fünf Kindern des Juristen Dr. Paul Brücher und seiner Frau Lilly, geborene Pick, zur Welt. Aufgewachsen ist sie in Dahlem, einem großbürgerlichen Stadtteil in Berlin. Ihr Vater stammte aus Westphalen und leitete die Berliner Tochtergesellschaft der Essener Chemiefirma Theodor Goldschmidt AG, ihre Mutter Lilly kam aus der Brauereifamilie Pick, die ursprünglich jüdischen Glaubens war und zum Protestantismus konvertierte. Ihre fünf Kinder erzog sie im protestantischen Glauben, unterstützt wurde sie dabei vom Dahlemer Pfarrer Martin Niemöller², einem engen Freund der Familie Brücher,



der ein führendes Mitglied der „bekennenden Kirche“ die sich gegen den Nationalsozialismus stellte, war. Hildegard Brüchers war in den ersten Jahren sehr behütet und geprägt von einer an Prinzipien orientierten Erziehung. Sie war eine leidenschaftliche Leserin und widmete sich während ihrer Schulzeit sehr erfolgreich dem Schwimmsport. „Obwohl Kinder aus wohlhabendem, bildungsbürgerlichem Milieu, wuchsen wir „in Freiheit dressiert“ auf. (...) Zur Dressur zählte, dass wir von früh auf kleine tägliche Pflichten erfüllen mussten, dass Lügen streng bestraft und Unpünktlichkeit geahndet wurde“, wie Hamm-Brücher in ihrer Autobiographie „Freiheit ist mehr als ein Wort“ schildert.³ Diese unbeschwerte Kindheit endete

Kundgebung
gegen atomare
Aufrüstung
Foto: Picture
Alliance/SZ
Photo/Fotograf:
Alfred Strobel

- 1 Hildegard Hamm-Brücher: Politik als Frauenberuf – ein Erfahrungsbericht, in: Frauen an der Macht. 21 einflussreiche Frauen berichten aus der Wirklichkeit, hg. v. Maybrit Illner, München 2005, S. 63.
- 2 Martin Niemöller (1892 – 1984) war ein protestantischer Theologe und Mitglied der bekennenden Kirche, eine Oppositionsbewegung, die sich gegen die Gleichschaltung der evangelischen Kirche im Nationalsozialismus wehrte. Aufgrund seiner Überzeugung und seines Engagements wurde er von den Nationalsozialisten im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Zuletzt: Michael Heymel: Martin Niemöller. Weg und Wirkung in verschiedenen Handlungsfeldern, Stuttgart 2025.

- 3 Vgl. dazu: Hildegard Hamm-Brücher: Freiheit ist mehr als ein Wort. Eine Lebensbilanz, Köln 1996, S. 30.

abrupt, als ihre Eltern kurz hintereinander plötzlich verstarben: im Dezember 1931 verloren die Kinder Brücher ihren Vater und im Dezember 1932 die Mutter.⁴ Im Alter von zehn Jahren musste sie deshalb schon früh Verantwortung für sich und ihre Geschwister übernehmen. Auch wenn ihre Eltern sehr jung verstarben, hatten sie für sie lebenslang eine wichtige Rolle, vor allem ihre Mutter: „Das ist für mich immer sehr wichtig gewesen, diese Vorbildfunktion einer Mutter, die damals schon fand, dass auch eine Tochter eine gute Schulausbildung braucht und etwas lernen und ihren eigenen Weg finden muss: Auch eine Tochter soll selbstverantwortlich entscheiden und nicht warten, bis ihr die Dinge aufgezwungen werden.“⁵ Hildegard und ihre zwei jüngeren Geschwister kamen in die Obhut ihrer Großmutter Else Pick, was einen Umzug von Berlin nach Dresden mit sich brachte. Dort fanden die drei jüngeren Brücher-Kinder (Hildegard, Mechthild und Ernst) bei ihrer Großmutter mütterlicherseits ein neues Zuhause. Großmutter Else Pick ließ die Einrichtung der Kinderzimmer nach Dresden bringen und versuchte ihren Enkelkindern mit großer Aufmerksamkeit über den Verlust ihrer Eltern hinwegzuhelfen. Der Beginn der NS-Diktatur im Jahr 1933 war für die Waisen Brücher eine weitere einschneidende Zäsur. Da sie durch die jüdische Herkunft mütterlicherseits als „Halbjuden“ galten, erfuhren sie durch das NS-Regime Ausgrenzung, Diskriminierung und Bedrohung. Hildegard Hamm-Brücher schilderte diese weitere prägende Zäsur in einem Interview: „[...] auf einmal durften wir nicht mehr ins Schullandheim, durften nicht mehr bei Festen dabei sein, vor allem bei Sportereignissen. Ich war ja eine sehr gute Schwimmerin. Man hatte mich noch in eine Jugendmannschaft für Olympia in Tokio 1940 aufgenommen. Und plötzlich war alles zu Ende. (...) Wir spürten nur, wir waren jetzt ausgegrenzt. Aber ich war noch in der Schule. Die

jüngeren Geschwister sind später alle von der Schule verwiesen worden. Im Jahr 1937 sagte dann mein Vormund, die Kinder müssen aus Dresden weg.“⁶ Somit kam Hildegard Brücher 1937 in das Internat Schloss Salem, das sie aber bereits nach einem Jahr aus „Säuberungsgründen“ wieder verlassen musste. Sie zog zu einer Schulfreundin nach Konstanz und legte mit 17 Jahren ihr Abitur mit einem Notendurchschnitt von 1,4 ab.

Studium und Neubeginn in München: Jüngste Stadträtin in der amerikanischen Besatzungszone

Nach dem Abitur wechselte sie nach München, um dort bei dem Nobelpreisträger Heinrich Wieland⁷ ein Chemiestudium aufzunehmen, das sie 1945 mit der Promotion abschloss. Ihre Kommilitonen waren fast ausschließlich Männer. Während ihres Studiums musste sie einen weiteren Schicksalsschlag verkraften, ihre Großmutter Else Pick nahm sich das Leben, weil sie nach Theresienstadt deportiert werden sollte.⁸ Im Studium kam sie in Kontakt mit den Mitgliedern der Weißen Rose um Hans und Sophie Scholl. Deren konsequenter Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime bis hin zum Tod bezeichnete Hamm-Brücher später als wichtiges Schlüsselerlebnis, das sie entscheidend geprägt und in die Politik geführt hat: „Die Erschütterung

-
- 4 Ihr Vater verstarb an einem vereiterten Blinddarm und ihre Mutter an einem Gehirntumor: „Die beiden Tage, an denen der Vater am 17. Dezember 1931 und die Mutter am 17. November 1932 starben, sind unauslöschlich in meinem Gedächtnis eingegraben.“, zit. nach: Hamm-Brücher: Freiheit ist mehr als ein Wort, S. 36.
 - 5 Zit. nach: Hildegard Hamm-Brücher im Gespräch mit Werner Reuß am 20. September 2011 in der Reihe BR Alpha Forum; <https://www.br.de/fernsehen/ard-alpha/sendungen/alpha-forum/hildegard-hamm-bruecher-gespraech100.html> [Stand: 17.06.2025].

-
- 6 Hildegard Hamm-Brücher im Interview, in: Die Zeit vom 20. Januar 2014: „Als ich ankam, war es zu spät.“
 - 7 Heinrich Wieland (1877-1957) erhielt 1927 den Nobelpreis für Chemie für seine Forschung um die Zusammensetzung der Gallensäure und verwandter Substanzen. Da seine Forschungen systemrelevant waren, gelang es ihm, von den Nationalsozialisten verfolgte Studenten und auch Studentinnen wie u.a. Hildegard Brücher durch die Betreuung ihrer Doktorarbeiten während der NS-Diktatur vor Verfolgung zu schützen. Vgl. dazu ausführlich: Elisabeth Vaupel: Nützliche Netzwerke und „kriegswichtige“ Forschungsprojekte: Die Handlungsspielräume des Chemie-Nobelpreisträgers Heinrich Wieland (1877-1957) im Dritten Reich, in: Elisabeth Kraus (Hg.): Die Universität München im Dritten Reich, München 2008, S. 331-380.
 - 8 Vgl. dazu: Hamm-Brücher: (wie Anm. 3), S. 72: „Nach ihrem Tod fühlte ich mich nun endgültig und für immer verwaist.“



Hildegard Hamm-Brücher (stehend), die ihre politische Karriere in der Kommunalpolitik begann, am 1. Januar 1959 als Beraterin für den Film 'Die ideale Frau', bei dem die Schauspielerin Ruth Leuwerik (sitzend) eine Kleinstadtbürgermeisterin spielt. Rechts im Bild der ungarische Regisseur Josef von Baky.

Foto: Picture Alliance/SZ
Photo/Fotograf: Hannes Betzler

über ihren Opfertod hat mein Leben und Denken fortan bis heute bestimmt und mich nach 1945 unausweichlich in die Politik geführt. Zeitlebens wollte ich mich für die Freiheit und Würde des Menschen einsetzen.“⁹

Nach Kriegsende begann Hildegard Brücher als Redakteurin bei der „Neuen Zeitung“, die die Amerikanische Besatzungsmacht herausgab, zu arbeiten. Schon damals beschäftigte sie sich intensiv in ihren Artikeln mit Themen der Schul- und Hochschulreformen, der Jugend- und Erwachsenenbildung sowie Frauen- und Demokratiefragen. Im Oktober 1946 lernte sie bei einem Interview den damaligen Kultusminister im neu geschaffenen Land Württemberg-Baden und späteren ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss (FDP) kennen, der sie ermutigte, sich politisch aktiv zu engagieren: „Mädle, Sie müsset in die Politik“.¹⁰ Als ihr dann Thomas Dehler (FDP) 1947 anbot, für die Stadtratswahlen in München 1948 zu kandidieren, trat sie 1948 in die FDP ein und nahm das Angebot an. Für sie sei nach ihren persönlichen Erfahrungen durch die NS-Zeit nur eine Partei in Frage gekommen: die Partei, die das Wort Freiheit in ihrem Namen führte, erläuterte Hamm-Brücher später in ihrer

Lebensbilanz „Freiheit ist mehr als ein Wort“¹¹. Ihre Kandidatur war erfolgreich und so wurde Hildegard Brücher mit 27 Jahren die jüngste Stadträtin in der amerikanischen Zone. Mitglied des Münchner Stadtrats blieb sie bis 1954. Ihre Entscheidung für die Politik hing zum einem mit der Kriegserfahrung zusammen, die sich auf keinen Fall wiederholen sollte: „Frauen mussten dafür sorgen, dass sich die von deutschen Männern verschuldeten Katastrophen keinesfalls wiederholen könnten. Dazu mussten sie sich politisch engagieren, wozu ich „wild“ entschlossen war“.¹² Außerdem hatte sie der Tod von Hans Scholl und seine Überzeugung für Freiheit und Menschenwürde zu kämpfen, so nachhaltig geprägt, dass sie sich auch politisch dafür einsetzen wollte. Ihre Zeit als Stadträtin bezeichnete sie selbst als wichtige Schule der Politik und gleichzeitig half sie ihr, ihre Schüchternheit abzulegen. Des Weiteren lernte sie dabei auch ihren späteren Mann, den CSU-Stadtrat Dr. Erwin Hamm, kennen, den sie 1956 heiratete und mit dem sie mit der Geburt ihres Sohnes und ihrer Tochter eine Familie gründete. Eine politische Karriere mit kleinen Kindern war damals nicht nur betreuungstechnisch, sondern auch gesellschaftlich noch sehr herausfordernd. Hinzu kam außerdem, dass das Ehepaar jeweils in unterschiedlichen Parteien politisch tätig war und von vielen sehr kritisch gesehen wurde, wie sie sich später erinnerte: „Anfangs erregte meine politische (und konfessionelle) „Mischehe“ (mein Mann war und ist Mitglied der CSU und katholisch) beträchtliches Aufsehen, Getratsche und journalistische Neugier.“¹³ Hamm-Brücher thematisierte dies ausführlich in ihren Lebenserinnerungen und betonte, dass sie eine politische Laufbahn trotz Familiengründung nur mit der rückhaltlosen Unterstützung ihres Mannes und zweier Haushaltshilfen einschlagen konnte.

1949 kandidierte sie bei der Wahl zum ersten Bundestag, allerdings ohne Erfolg. Jedoch nutzte sie kurz darauf ein einjähriges Stipendium an der Harvard-Universität in den Vereinigten Staaten,¹⁴ um ihre Kenntnisse über Politik und Demokratie mit einem Studium der Politikwissenschaften zu

⁹ Vgl. dazu: Ebd., S. 71.

¹⁰ Vgl. dazu: Ebd., S. 105.

¹¹ Ebd., S. 539 f.

¹² Ebd., S. 92 f.

¹³ Zit. nach: Ebd., S. 138.

¹⁴ Vgl. dazu: Hildegard Hamm-Brücher: Und dennoch ..., Nachdenken über Zeitgeschichte – Erinnern für die Zukunft, München 2011, S. 28 f.



vertiefen. Nach ihrer Rückkehr aus den USA gelang ihr 1950 im Alter von 29 Jahren erstmals der Einzug in den Bayerischen Landtag, dem sie mit einer Unterbrechung sechs Wahlperioden angehörte. Von 204 Abgeordneten waren damals nur sieben Frauen; in der FDP-Fraktion war Hildegard Hamm-Brücher in ihrer ersten Wahlperiode die einzige weibliche Mandatsträgerin von insgesamt 13 Mitgliedern, dennoch gelang es ihr bereits in ihrer zweiten Legislaturperiode von 1954 – 1958 stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP zu werden. Damit war sie parteiübergreifend die erste Frau im Bayerischen Nachkriegslandtag, der dies gelungen war.¹⁵

Die ersten Frauen im Bayerischen Landtag betonten über die Parteigrenzen hinweg, dass sie

sich bewusst als Frau politisch engagieren, um die Lebenswelten der Frauen bei politischen Entscheidungen entsprechend zu berücksichtigen, aber auch um die Politik mit spezifisch weiblichen Qualitäten zu ergänzen, um damit künftig ein friedliches Zusammenleben mit den Nachbarstaaten zu ermöglichen.¹⁶ Hildegard Hamm-Brücher setzte sich gemäß der damaligen Zeit als Frau in der Politik für Soziales, Bildung und Frauenpolitik ein, aber sie ergriff auch das Wort bei Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, womit sie die damals noch typisch weiblichen Politikfelder verließ und sich unweigerlich in die Politik der männlich geprägten Themenfelder einmischte, was damals von männlichen Abgeordneten durchaus als Provokation

Hildegard Hamm-Brücher mit Ministerpräsident Wilhelm Hoegner und dessen Stellvertreter Joseph Baumgartner (v.r.)

*Foto: Picture Alliance/SZ
Photo/Fotograf:
Alfred Strobel*

15 Vgl. dazu die Tabelle „Fraktionsvorsitzende bzw. stv. Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag nach 1946“, in: Daniela Neri-Ultsch: „Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort!“ – Frauen gestalten Politik in Bayern, München 2019, S. 129.

16 Vgl. dazu: Elisabeth Fleschhut: „Ich als Frau und Abgeordnete...!“. Untersuchung der politischen Karriere, der parlamentarischen Arbeit und des politischen Selbstverständnisses der weiblichen Abgeordneten im Bayerischen Landtag der Nachkriegszeit (1946-1958), München 1997, S. 62.



Hildegard
Hamm-Brücher
mit Sohn
Florian und
Tochter Verena,
1. Januar 1962
*Foto: Picture
Alliance/SZ
Photo/Fotograf:
Otfried Schmidt*

gesehen wurde und oft größere Konflikte nach sich zog.¹⁷ Hamm-Brücher engagierte sich im Vergleich zu den anderen weiblichen Abgeordneten mit den meisten Redebeiträgen im Bayerischen Landtag;¹⁸ sie sprach zu kultur- und bildungspolitischen Fragen, und beteiligte sich intensiv an der sehr kontrovers diskutierten Frage der Lehrerbildung, an der Diskussion über den Schuljahresbeginn, über Zeugnisgebühren und insbesondere an den Debatten über den Inhalt von Schulbüchern. Außerdem gehörten zu ihren weiteren Schwerpunkten auch Jugendfragen wie beispielsweise Jugendschutzgesetze und Jugendwohnheime, aber sie beschäftigte sich auch mit Themen des

Gemeinde- und Beamtenrechts sowie des Verbraucherschutzes. So erwarb sie sich bei den heftig geführten Schul- und Bildungsdebatten, die vor allem die 1950er und 1960er Jahre im Bayerischen Landtag dominierten, einen Ruf als Schul-, Bildungs- und Kulturexpertin. Ihr besonderes politisches Interesse galt in dieser Zeit der Einführung der christlichen Gemeinschaftsschule und der Lehrerbildung in Bayern, die ihrer Meinung nach konfessionsunabhängig und akademisch fundiert an den Universitäten verankert werden sollte. Warum sie sich gerade auf dem Feld der Kulturpolitik so vehement engagierte, erläuterte sie in der Plenardebatte um den Kulturetat im Juli 1955: „Wir müssen uns (...) fragen, was wir tun, was unsere Schule tut und was unsere Gesellschaft tut, um Menschen zu bilden und zu erziehen, die dieser großen weltpolitischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West gewachsen sein werden (...). Vielleicht sind Sie der Ansicht, dass diese Fragestellung anlässlich der Verabschiedung des Kulturetats ein wenig zu weit geht. Aber, meine Damen und Herren, ich glaube, Sie sind mit mir der Ansicht, dass sich das Schicksal der freien Welt nicht nur an dieser äußeren Front des kalten Krieges entscheidet, sondern – beinahe tagtäglich – an jenen zahllosen, scheinbar so unbedeutenden inneren Fronten heranreift. Eine dieser inneren Fronten ist unserer Überzeugung nach unser Schul- und Erziehungswesen.“¹⁹

1955 kam es über einen Entwurf für ein neues Lehrerbildungsgesetz zu schwierigen Verhandlungen, in einer Zeit, in der die „Vierer-Koalition“²⁰ zerbrach. In Folge des Scheiterns der Vierer-Koalition kam es zu einem Regierungsbündnis zwischen CSU und FDP, das Hamm-Brücher vehement ablehnte. Hamm-Brücher, die sich

17 Vgl. dazu: ebd., S. 63.

18 Vgl. dazu die Tabelle der Redebeiträge der ersten Parlamentarierinnen in der Nachkriegszeit in: ebd., S. 101.

19 Hildegard Hamm-Brücher in der Plenardebatte am 12. Juli 1955 im Bayerischen Landtag, zit. nach: Ebd., S. 103.

20 Die zweite Regierung Wilhelm Hoegner bestand aus vier Koalitionspartnern und wird deshalb die Vierer Koalition genannt: SPD, Bayernpartei, Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) sowie der FDP und bildete die Regierung in Bayern vom 14. Dezember 1954 bis zum 8. Oktober 1957. Vgl. dazu: Bernhard Taubenberg: Kabinett Hoegner II, 1954-1957, publiziert am 10.12.2012; in: Historisches Lexikon Bayerns, https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Kabinett_Hoegner_II_1954-1957 [Stand: 18.06.2025].

selbst als „streitbare Demokratin“ verstand, legte stets Wert auf einen unabhängigen Standpunkt und fühlte sich nur ihrem Gewissen verpflichtet. Nachdem sie den Koalitionswechsel der FDP hin zur CSU öffentlich kritisiert hatte, fand sie sich bei der Landtagswahl 1962 als Sanktion für ihr Ausscheren auf dem aussichtslosen Listenplatz 17 wieder. Mit Hilfe von Freunden und Anhängern wurde ein „Bürgerkomitee zur Wiederwahl der Hildegard Hamm-Brücher“ gegründet, um damit für ihren erneuten Einzug in den Bayerischen Landtag zu kämpfen. Ihr Wahlergebnis war beeindruckend, sie wurde auf Platz 1 vorgehäuelt und zog damit erneut ins Maximilianeum ein.²¹ Eine Bestätigung erfuhr die Politikerin auch, als sie 1963 in den Bundesvorstand der FDP gewählt wurde. Obwohl Hildegard Hamm-Brücher 1966²² ihr persönliches Wahlergebnis noch einmal signifikant mit zusätzlichen 20.000 Stimmen im Vergleich zu 1962 steigern konnte, schaffte die FDP nicht mehr den Einzug in den Bayerischen Landtag, da sie an der damals noch geltenden Zehn-Prozent-Hürde des Wahlgesetzes²³ scheiterte. Dennoch hielt Hildegard Hamm-Brücher an ihren politischen Zielen fest und initiierte 1966 als erklärte Kritikerin der konfessionellen und klerikalen Schulpolitik in Bayern das erste Volksbegehren in Bayern, das für die Einführung einer christlichen Gemeinschaftsschule warb, aber knapp mit 9,4 Prozent scheiterte. Erst beim Volksentscheid 1968, bei dem die FDP und SPD zusammenarbeiteten, konnte ein positives Votum für die Einführung der christlichen Gemeinschaftsschule in Bayern erreicht werden.

Aufbruch von der Parlamentsbank an den Kabinettstisch und zurück: Von München nach Wiesbaden und Bonn - und zurück in den Bayerischen Landtag

Nachdem Hamm-Brücher trotz ihres persönlich besten Wahlergebnisses mit der FDP bei den Landtagswahlen in Bayern von 1966 nicht mehr ins Maximilianeum einziehen konnte, kam ihr jetzt zugute, dass sie in den Parlamentsferien des Bayerischen Landtags stets die Zeit für Bildungsreisen genutzt hatte, um ihre Sachkenntnisse in der Schul- und Hochschulpolitik mit Praxiserfahrungen zu vertiefen, die sie auch in Vergleichsstudien mit anderen nationalen und internationalen Bildungspolitiken zusammen publizierte. Hamm-Brücher hatte sich mit diesen Studien in der Bundesrepublik eine gewisse Reputation erarbeitet, was dazu führte, dass sie im Dezember 1966 vom damaligen hessischen Kultusminister Ernst Schütte²⁴ im Namen des hessischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn,²⁵ das Angebot erhielt, Staatssekretärin im hessischen Kultusministerium in Wiesbaden zu werden. Obwohl sie zunächst ablehnte, weil sie die Aufgabe nicht mit ihrem Familienleben vereinbar hielt, sagte sie schließlich aufgrund der Hartnäckigkeit des hessischen Ministerpräsidenten Zinn doch zu. Hamm-Brücher wurde damit die erste weibliche Staatssekretärin im Kultusministerium in Hessen und setzte sich zusammen mit Kultusminister Schütte für eine grundlegende Schulreform ein, die vor allem dem Recht des Bürgers auf Bildung und Chancengleichheit

21 Sie erhielt bei der Landtagswahl 1962 insgesamt 44.500 Stimmen, vgl. dazu: Ursula Salentin: Hildegard Hamm-Brücher. Der Lebensweg einer eigenwilligen Demokratin, Freiburg im Breisgau 1987, S. 68.

22 Hamm-Brücher hatte bei den Landtagswahlen 1966 58.500 Stimmen erhalten, vgl. dazu: Hamm-Brücher (wie Anm. 3), S. 169.

23 Bis 1973 war im bayerischen Landeswahlrechtsgesetz festgelegt worden, dass eine Partei in einem Wahlkreis mindestens zehn Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten muss, um in den Landtag einziehen zu können. Erst 1974 trat auch in Bayern eine landesweite Fünf-Prozent-Hürde in Kraft. Vgl. dazu: Frank Höfer: Die politische Ordnung in Bayern, München 2014, S. 41 f.

24 Ernst Schütte (1904–1972) gehörte der SPD an und war von 1959 bis 1969 Kultusminister in Hessen. Er setzte sich für die Reform der Lehrerbildung in Hessen ein. Außerdem schaffte er die ein- bis zweiklassigen Volksschulen auf dem Land ab und ersetzte sie durch Mittelpunktschulen. Zudem führte er das Hessenkolleg als zweiten Bildungsweg ein. Vgl. dazu: „Schütte, Ernst“, in: Hessische Biografie: <https://www.lagis-hessen.de/pnd/118762133> [Stand: 14.06.2025].

25 Georg August Zinn (1901–1976) war Mitglied der SPD und von 1950 bis 1969 hessischer Ministerpräsident. Er war bereits während der Weimarer Republik politisch aktiv und leistete in der NS-Zeit Widerstand gegen das Regime. Zu seinem bewegten politischen Leben vgl.: Zinn, Georg August, in: Hessische Biografie: <https://www.lagis-hessen.de/pnd/119311151> [Stand: 14.06.2025].



Hildegard Hamm-Brücher wirbt für das Volksbegehren zur Christlichen Gemeinschaftsschule, 1. Juni 1967.

Foto: Picture Alliance/SZ Photo/
Fotograf: Alfred Haase

Hildegard Hamm-Brücher am Tag der Landtagswahlen (22. November 1970) in Bayern auf der Skipiste auf dem Zugspitzplatt, wo ein Wahlkongress der bayerischen FDP stattfand

Foto: Picture Alliance/SZ Photo/
Fotograf: Hannes Betzler

verpflichtet war. Das bedeutete Einführung der Vorschulerziehung, Grundschulreform, weiterführende Bildung für alle Schülerinnen und Schüler in differenzierten Gesamtschulsystemen. Außerdem die Installation eines Stufenlehrers, der nicht für die bisherigen Schularten, sondern für Grund-, Mittel- und Oberstufen der geplanten Gesamtschule ausgebildet werden sollte.²⁶ Zusammen mit dem Kultusminister arbeitete sie an einer Reihe von Schulgesetzen, die die Bildungsreformen in Hessen einleiten sollten.²⁷

Nach zweieinhalb Jahren wartete eine neue Aufgabe auf sie, sie wechselte in die Bundespolitik nach Bonn und wurde nach der Bundestagswahl 1969 im Oktober zur Staatssekretärin im Bundesbildungs- und Wissenschaftsministerium in der sozialliberalen Koalition von Willy Brandt/Walter Scheel berufen. Ihre Erfahrungen im hessischen Kultusministerium kamen ihr für ihre Aufgabe im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft in Bonn zugute. Mit großem Engagement machte



sie sich an die Arbeit und baute eine Abteilung für Bildungsplanung auf. Bereits nach einem Jahr legte sie einen ausführlichen Bildungsbericht vor und ein Jahr später - 1971 - veröffentlichte sie den sogenannten „Hamm-Brücher-Plan“, der den Aufbau eines neuen Hochschulsystem beinhaltete. Trotz des großen Arbeitstempos blieben viele Reformen auf der Strecke. Hamm-Brücher stellte enttäuscht fest: „Der große gesellschaftliche Aufbruch erlahmte noch bevor die geplanten Reformen wirklich auf den Weg gebracht worden waren.“²⁸

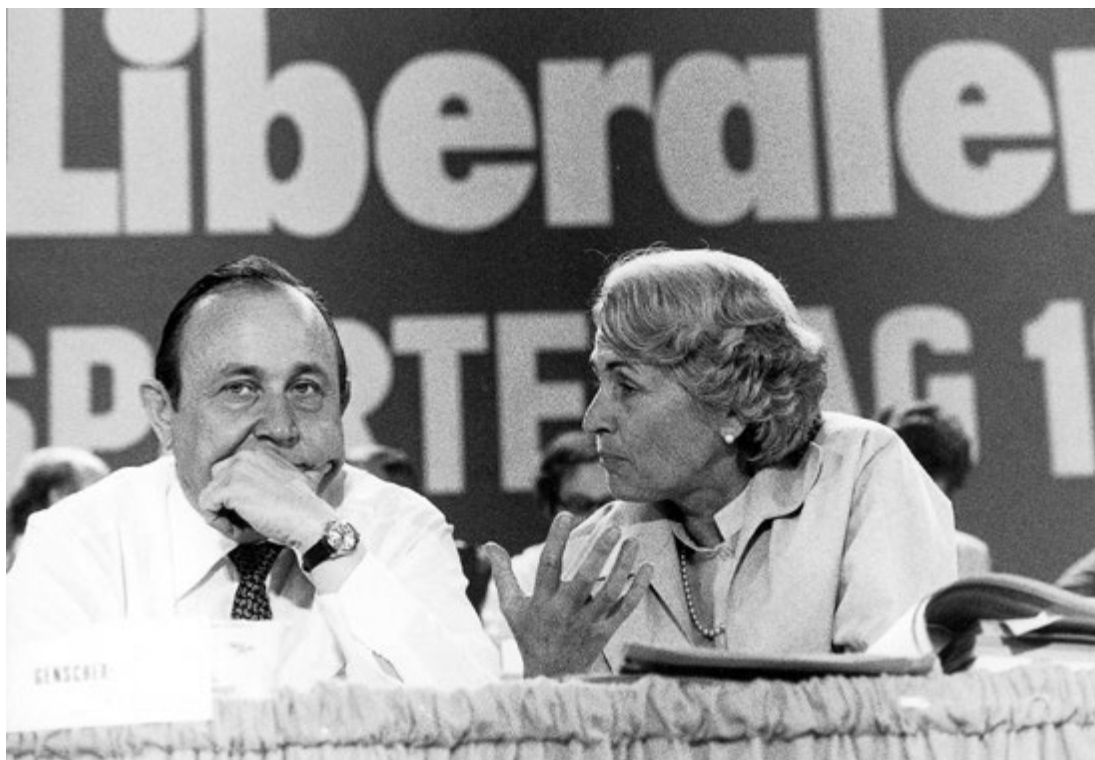
In der Zeit von 1970 bis 1972 pendelte Hamm-Brücher zwischen Bonn und München, da sie 1970 vom damaligen FDP-Vorsitzenden Walter Scheel aufgefordert worden war, als prominentes Gesicht der FDP für den Bayerischen Landtag zu kandidieren, um die Rückkehr der FDP in den Bayerischen Landtag zu ermöglichen. Trotz der anspruchsvollen Tätigkeit als Staatssekretärin in Bonn nahm sie den Auftrag an und erklärte sich bereit, sich dieser Herausforderung – die FDP war zu dieser Zeit in drei Landtagen nicht mehr vertreten – zu stellen. Mit einer breiten Unterstützung durch dreißig

26 Vgl. dazu: Salentin (wie Anm. 21), S. 88 f.

27 Ausführlich zu diesen Bildungsreformen und Hamm-Brüchers Beitrag dazu, in: ebd., S. 81-98.

28 Zit. nach: Hamm-Brücher (wie Anm. 3), S. 200.

Hildegard
Hamm-Brücher
und Hans-
Dietrich
Genscher auf
einem Partei-
tag der FDP,
1. Januar 1982
*Foto: Picture
Alliance/SZ*
*Photo/Fotograf:
Lothar Kucharz*



Wählervereinigungen und damals neuen und unkonventionellen Wahlkampfaktionen wie Infoständen und Frauentreffen mit Kinderbetreuung, gelang ihr schließlich dieses Mal nicht über Oberbayern, sondern über die Wahlkreisliste Mittelfranken erneut – zusammen mit acht weiteren Parteikollegen – wieder in das Maximilianeum einzuziehen. Hamm-Brücher erzielte mit 12,6 Prozent in Mittelfranken ein sehr erfolgreiches Wahlergebnis für die FDP und überwand damit die 10-Prozent-Hürde. Nachdem die Doppelbelastung zwischen Bonn und München nicht mehr zu bewältigen war, entschied sie sich 1972, das Amt der Staatssekretärin in Bonn aufzugeben und ganz nach Bayern zurückzukehren. Sie übernahm den Vorsitz der FDP-Fraktion und wurde somit die erste Frau im Bayerischen Landtag die Fraktionsvorsitzende wurde.²⁹ Mit ihrem politischen Engagement in Bayern wirkte sie vor allem in den Bereichen Bildungs-, Hochschul-, Jugend- und Frauenpolitik langfristig für Neuerungen und Veränderungen mit. Sie engagierte sich u.a. für mehr Chancengleichheit bei der Schulausbildung sowie für den Ausbau des Bildungswesens im ländlichen

Raum. Wichtig war Hildegard Hamm-Brücher neben der Bildungs- und Kulturpolitik stets auch ihr Engagement für die Gleichberechtigung der Frau. So trug ihr Einsatz auch dazu bei, dass zunehmend mehr Frauen als Orchestermmitglieder bei den Münchner Philharmonikern aufgenommen wurden, da mit der Einführung eines anonymisierten Auswahlverfahrens die Qualität und Qualifikation als alleinige Auswahlkriterien unabhängig vom Geschlecht gewährleistet wurde. Desgleichen kämpfte sie auch auf der Bayerischen Landessynode für die Durchsetzung des sogenannten Theologinnengesetzes, das Frauen den Zugang zum Pfarramt ermöglichte. Schließlich warb sie als prominente Fürsprecherin unermüdlich dafür, dass die Stiftung Maximilianeum, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts durch den bayerischen König Maximilian II. zur Förderung begabter Studenten gegründet worden war, auch begabte Studentinnen aufnahm. 1980 wurde dies durch eine entsprechende Verfügung möglich. Sie engagierte sich in dieser Phase ihrer politischen Laufbahn auch kirchlich sehr stark und wurde. Sie wurde 1975 Mitglied des Präsidiums des evangelischen Kirchentages und etwas später auch Mitglied der Synode der evangelischen Kirche Deutschlands. Auf Bundesebene wurde sie 1972 als erste Frau zur stellvertretenden Vorsitzenden

²⁹ Vgl. Neri-Ultsch (wie Anm. 21), S. 129.



Hildegard Hamm-Brücher erhält die Goldene Bürgermedaille von Oberbürgermeister Georg Kronawitter, München, 1. Januar 1991
Foto: Picture Alliance/
Sueddeutsche Zeitung Photo/
Fotograf: Andreas Heddergott

der FDP gewählt; diese Aufgabe nahm sie bis 1976 wahr: Das Jahr der Veränderung, als sie die Weichen neu stellte: Sie wechselte nun endgültig von München nach Bonn.

Rückkehr auf die Bundesebene: Erste Staatsministerin im Auswärtigen Amt

Nachdem sie erfolgreich für den Deutschen Bundestag kandidierte, gab sie ihr Landtagsmandat Ende November 1976 ab und wurde von Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) zur Staatsministerin im Auswärtigen Amt ernannt. Damit zog erstmals eine Frau in das bisher ausschließlich von Männern

geführte Ressort der Außenpolitik ein. Ihr Aufgabenbereich umfasste die auswärtige Kulturpolitik, dazu gehörten insbesondere die Pflege der Beziehungen zu den Entwicklungsländern und die Goethe-Institute, die die Bundesrepublik Deutschland im Ausland unterhielt. Mit großem Elan und Energie widmete sie sich ihrer neuen Aufgabe und konnte dabei einige Erfolge verzeichnen: Es gelang ihr, den Etat der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes um 50 Prozent bei den Haushaltsverhandlungen zu erhöhen. Ihre Tätigkeit führte sie zu zahlreichen Reisen nach Afrika, nach Asien, in die USA und innerhalb Europas. Zuletzt kümmerte sie sich intensiv um die deutsch-amerikanischen Beziehungen, bevor sie im September 1982 als Staatsministerin aus dem Auswärtigen Amt ausschied. Hamm-Brücher legte ihr Amt nieder, weil sie und eine ihrer Parteikollegen den Bruch der sozial-liberalen Koalition durch den Wechsel der FDP hin zur CDU/CSU, der sich seit längerem abzeichnete, für falsch hielten. Beim Misstrauensvotum am 1. Oktober 1982 kam es zu heftigen Debatten über den Bruch der sozial-liberalen Koalition und den Kanzlerwechsel von Helmut Schmidt zu Helmut Kohl. Hamm-Brücher stimmte für eine Fortsetzung der sozial-liberalen Koalition und damit gegen den Misstrauensantrag, darüber hinaus ergriff sie das Wort und äußerte sich öffentlich gegen das Misstrauensvotum und sprach sich für Neuwahlen aus³⁰. Nach ihrem scharfen Urteil gegen das Misstrauensvotum geriet sie parteiintern ins Abseits und wurde politisch kaltgestellt. Dennoch kandidierte sie auch bei den Bundestagswahlen 1983 und 1987 und konnte ihr Mandat jeweils verteidigen. In ihren beiden letzten Wahlperioden im Bundestag beschäftigte sie sich mit der Parlamentsreform und übernahm das Amt der außenpolitischen Sprecherin der FDP-Bundesfraktion.

30 „Ich finde, dass beide dies nicht verdient haben, Helmut Schmidt ohne Wählervotum gestürzt zu werden und Sie, Helmut Kohl, ohne Wählervotum zur Kanzlerschaft zu gelangen. Zweifellos sind die beiden sich bedingenden Vorgänge verfassungskonform, aber sie haben nach meinem Empfinden doch das Odium des verletzten demokratischen Anstandes.“ Zit. nach: Stenographische Berichte des Deutschen Bundestags: Deutscher Bundestag (9. Wahlperiode, 118. Sitzung, Bonn, Freitag, den 1. Oktober 1982, S. 7196: <https://dserver.bundestag.de/btp/09/09118.pdf#P.7200> [Stand: 17. 06.2025].



Frauen, die die Bundesrepublik geprägt haben. Bei der Festveranstaltung „90 Jahre Frauenwahlrecht“ begegnen sich Ursula von der Leyen (damals Bundesfamilienministerin), Kanzlerin Angela Merkel, die Journalistin Alice Schwarzer und Hildegard Hamm-Brücher, Berlin, 26. Januar 2009.

Foto: Picture Alliance/SZ
Photo/Fotograf: Karl- Bernd Karwasz

Am 1. Januar 1990 zog sie sich aus dem Bundestag zurück und kehrte nach München zurück, um sich dem Schreiben ihrer Autobiografie zu widmen. 1994 wurde sie von der FDP angefragt, als Kandidatin der Liberalen bei der Bundespräsidentenwahl zu kandidieren. Damit war sie wieder einmal die erste Frau, die ernsthaft für das Amt des Bundespräsidenten kandidierte. Auch wenn es von vornherein wenig aussichtsreich war diese Wahl zu gewinnen, nahm sie die Chance wahr und sagte zu: „Mir war klar, dass ich keine Chance hatte, gewählt zu werden. Aber ich fand, auch eine Chance, die man nicht hat, kann man nützen. Ich habe in diesen neun Monaten eigentlich das Eis gebrochen in der Öffentlichkeit im Hinblick darauf, dass auch eine Frau, zumal mit meiner politischen Erfahrung, so ein Amt sehr wohl ausfüllen kann. Ich habe alle schweren Diskussionen mit den anderen Kandidaten durchgestanden.“³¹ Letztlich musste

sie ihre Kandidatur nach dem zweiten Wahlgang³² zurückziehen, weil ihre Partei sie im Stich ließ und im dritten Wahlgang Roman Herzog zum Bundespräsidenten mitwählte. Die endgültige Trennung von der FDP erfolgte am 22. September 2002, als Hildegard Hamm-Brücher nach 54 Jahren Mitgliedschaft bei der freien demokratischen Partei ihren Austritt erklärte. Sie begründete diesen Schritt mit antiisraelischen Äußerungen des damaligen stellvertretenden Parteivorsitzenden Jürgen Möllemann³³. Danach bezeichnete sie sich selbst als „freischaffende Liberale“. Für ihren lebenslangen politischen Einsatz und ihr Lebenswerk erhielt sie

31 Zit. nach: Hildegard Hamm-Brücher im Gespräch mit Werner Reuß am 20. September 2011 in der Reihe BR Alpha Forum; <https://www.br.de/fernsehen/ard-alpha/sendungen/alpha-forum/hildegard-hamm-bruecher-gespraech100.html> [Stand: 17.06.2025].

32 Hildegard Hamm-Brücher erhielt im ersten Wahlgang 132 Stimmen und im zweiten 126 Stimmen. Nach dem zweiten Wahlgang wurde ihr vom damaligen FDP-Parteivorsitzenden Klaus Kinkel nahegelegt, im 3. Wahlgang nicht mehr anzutreten, da die Mehrheit der FDP im 3. Wahlgang Roman Herzog unterstützten wollte.

33 Vgl. dazu: Hildegard Hamm-Brücher im Interview mit der SZ vom 17. Mai 2010; <https://www.sueddeutsche.de/leben/grosse-frauen-hildegard-hamm-bruecher-eine-unbequeme-zeitgenossin-1.230210> [Stand: 17.06.2025].



zahlreiche Auszeichnungen und Ehrungen: u.a. die Bayerische Verfassungsmedaille (1989), die Goldene Bürgermedaille der Landeshauptstadt München (1991) und als erste Frau die Ehrenbürgerwürde der Stadt München (1995) sowie das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband (1993) und 2011 den Marion Dönhoff Preis für internationale Verständigung und Versöhnung.

Hildegard Hamm-Brücher erwarb sich in ihrer jahrzehnte langen politischen Tätigkeit viel Respekt und Ansehen, da sie aufrecht und beharrlich zu ihren Überzeugungen stand und auch bereit war unbequeme Ansichten mit Leidenschaft und Kompetenz gegen harten Widerstand zu verteidigen. Trotz einer beispiellosen politischen Karriere gab sie unumwunden zu: „Frauen wurden lange Zeit

nicht ernst genommen. Am Rednerpult durften sie sich über soziale Themen, über Schule und Bildung äußern, zu außenpolitischen, ökonomischen oder Verteidigungsfragen war ihre Stellungnahme nicht erwünscht. Als ich 1976 Staatsministerin im Auswärtigen Amt wurde, ging für die Herren beinahe die Welt unter.“³⁴ Nach fast 60 Jahren Erfahrung als Frau in der Politik antwortete sie auf die Frage, worauf es ihres Erachtens und ihrer Erkenntnis nach in Zukunft ankommt: „Männer sollen Frauen nicht nur als gleichberechtigt tolerieren, sondern als ebenbürtige Partnerinnen wünschen und die Bedeutung des Anderssein als Voraussetzung für ein menschenwürdiges Zusammenleben von Frauen und Männern – von Männern und Frauen – anerkennen und dazu beitragen, dass dies gelingt.“³⁵ ▀

Einer ihrer letzten öffentlichen Auftritte: Hildegard Hamm-Brücher nimmt an der Gedenkveranstaltung für die Opfer des Terroranschlages im Olympia-Einkaufszentrum teil, 31. Juli 2016.

Foto: Picture Alliance/AP Images/
Fotograf: Matthias Schrader

34 Zit. nach: Hildegard Hamm-Brücher/Sandra Maischberger: Ich bin so frei. Hildegard Hamm-Brücher im Gespräch mit Sandra Maischberger, München 2003, S. 194.

35 Hildegard Hamm-Brücher: Politik als Frauenberuf, S. 55-65, hier S. 65.